

Zuwenig oder zuviel Mut zum Aufbruch?

Vierzehn Antworten von David de Pury und Peter Bodenmann

Das Weissbuch «Mut zum Aufbruch», das von 19 Schweizer Wirtschaftsexponenten und -experten vor Wochenfrist vorgestellt worden ist, hat eine heftige Kontroverse ausgelöst. Während die Promotoren ihre Vorschläge als breite Diskussionsbasis für eine weitsichtige Sicherung des Wirtschaftsstandortes Schweiz verstehen, sehen die Kritiker des Weissbuchs in den Reformgedanken vor allem eine Gefährdung des sozialen Friedens. Die Wirtschaftsredaktion hat David de Pury (Co-Verwaltungsratspräsident der ABB und Mitherausgeber des Manifestes) und Peter Bodenmann (SP-Nationalrat) zum gleichen Zeitpunkt Fragen unterbreitet, zu denen die beiden Stellung beziehen konnten, ohne die Antwort ihres Gegenpart zu kennen. (Red.)

Wie hat sich Ihrer Meinung nach die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes in den letzten Jahren entwickelt?

David de Pury: Zunächst möchte ich festhalten, dass die Schweiz im internationalen Standortwettbewerb nach wie vor über zahlreiche *Trümpfe* verfügt. Ich denke dabei beispielsweise an die hohe Arbeitsproduktivität, die tiefe Inflation, das hohe Bildungsniveau, die Qualität der Infrastrukturen sowie die gesellschaftlich-politische Stabilität. Gleichzeitig kann eine relative *Verschlechterung* dieser Standortqualität festgestellt werden, welche darauf zurückzuführen ist, dass viele unserer Konkurrenten dynamischer und flexibler sind. Dieser Sachverhalt kann gut am Beispiel der Produktivität erläutert werden. Gemäss dem World Competitiveness Report 1995 weist die Schweiz die höchste volkswirtschaftliche Gesamtproduktivität aus, aber – und das ist alarmierend – in bezug auf deren *Zunahme* liegt sie nur an 23. Stelle. Mit anderen Worten: Wir sind daran, unseren Vorsprung zu verlieren. Die abnehmende Standortattraktivität kommt auch in einer steigenden Staats- und Fiskalquote, abnehmenden Investitionen und einer im Vergleich mit den wichtigsten Industriestaaten tiefen Wachstumsdynamik zum Ausdruck.

Peter Bodenmann: Laut dem World Competitiveness Report 1995 ist die Schweiz in Europa das *konkurrenzfähigste Land*. Dies nicht zuletzt dank der politischen und sozialen Stabilität. Die

Produktivität der Lohnabhängigen stieg in den letzten vier Jahren sprunghaft an. Heute produzieren in der Industrie 80 Arbeitende gleich viel wie 100 vor vier Jahren. Erstmals haben wir in der vergangenen Rezession Jahr für Jahr real mehr exportiert. Und dies, obwohl die Nationalbank zuwenig gegen den zu harten Franken unternommen hat. Während die Gewinne der börsenkotierten Gesellschaften explodierten, nahm die Beschäftigung bei tendenziell sinkenden Löhnen ab. Der Druck auf die Löhne liess die Sparquote ansteigen. Die Binnennachfrage ist der stärkste Motor jedes Aufschwunges, und er stottert. Vorab deshalb wuchs das Bruttoinlandprodukt (BIP) seit 1988 in der Schweiz nur halb so schnell wie in den uns umgebenden Ländern Deutschland, Österreich und Frankreich. International erweist sich das Nein zum EWR als ein *unnötiger Nachteil*. National ist es noch nicht gelungen, die Mieten und die Preise für Nahrungsmittel auf europäisches Niveau zu drücken. Dies lässt sich auf den im Gegensatz zur Exportindustrie kartellisierten und bisher zu stark geschützten Binnensektor zurückführen. Denken wir nur an den Zement des Herrn Schmidheiny, für den wir seit Jahrzehnten 20% bis 50% mehr bezahlen als im europäischen Durchschnitt und bei dem ein faktisches, von Schmidheiny kontrolliertes Monopol das alte Kartell ablöst.

Wie kann die Beschäftigung in der Schweiz nachhaltig gesichert werden?

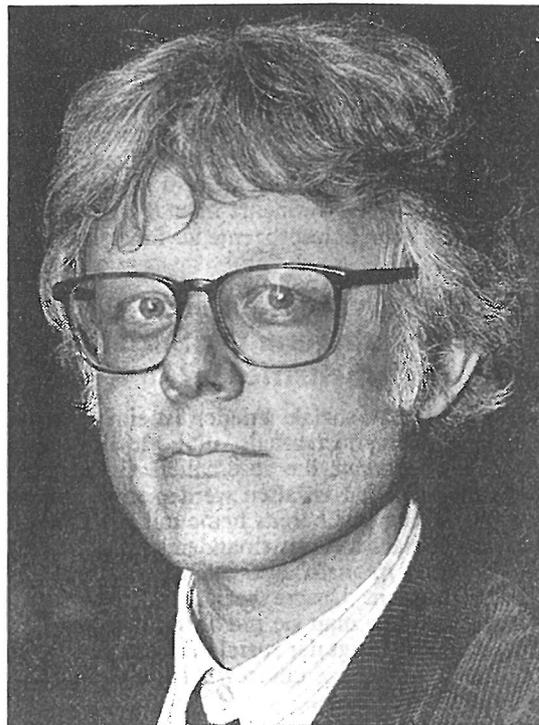
De Pury: Die Beschäftigung kann in der Schweiz langfristig nur gesichert werden, wenn es uns gelingt, neue und sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Die Grundvoraussetzung hierfür besteht in der Entwicklung und Vermarktung neuer Produkte und Dienstleistungen sowie im Zugang zu neuen Märkten. In bezug auf *neue Produkte* brauchen wir in erster Linie die Öffnung nach innen, welche den für Innovationen erforderlichen Wettbewerbsdruck schafft. In einem Umfeld, in welchem alle immer schneller, besser und kostengünstiger werden, kann die Schweiz langfristig nur erfolgreich sein, falls sie im Innovationswettbewerb immer einen Schritt voraus ist. In bezug auf *neue Märkte* braucht unser Land die Öffnung nach aussen, welche den Zugang zu diesen Märkten gewährleistet. Hier stehen für uns die Europafrage sowie die Welthandelsorganisation im Vordergrund.

Bodenmann: Der weltweite Wettbewerb der Standorte ist eine Tatsache. Die Stärke der Schweiz ist und bleibt der sozial- und umweltverträgliche *Strukturwandel*. Von einem weltweiten Wirtschaftswachstum kann die Schweiz – gerade weil wir schwergewichtig Investitionsgüter und Nischenprodukte exportieren – profitieren. Unser wichtigstes Kapital ist eine gute Ausbildung und

Weiterbildung möglichst vieler Menschen in der Schweiz. Exportindustrie und Tourismus dürfen zudem nicht durch einen zu harten Franken unnötig benachteiligt werden. Die öffentliche Hand muss junge und innovative Unternehmen mit ihrer Technologiepolitik und auch mit Risikokapital unterstützen. Der ökologische Umbau mittels marktwirtschaftlicher Instrumente erhöht die Beschäftigung und die Konkurrenzfähigkeit des Landes. Im Rahmen des notwendigen Strukturwandels müssen wir ineffiziente Bürokratien wie das EMD kostenmässig auf europäisches Niveau zurückstutzen und darauf verzichten, dass die bürgerlichen Politiker mit der Verwertung von Käse und Butter Hunderte von Millionen Franken verlocken. Sparen am richtigen Ort gibt der öffentlichen Hand die Möglichkeit, den Strukturwandel in Zeiten der Rezession antizyklisch mit Investitionen voranzubringen. Die Kaufkraft der Löhne und Renten darf nicht zurückgehen, im Gegenteil: Der grösser werdende Kuchen muss halbwegs gerecht zwischen Kapital und Arbeit verteilt werden. Und trotz der besten Wirtschaftspolitik ist es offen, ob das umweltverträgliche Wachstum höher sein wird als die Steigerung der Produktivität. Deshalb müssen wir die bezahlte Lebensarbeitszeit flexibel senken, um eine hohe Sockelarbeitslosigkeit zu verhindern.



David de Pury (Bild Jesper Dijohn)



Peter Bodenmann (Bild express)

Welche wirtschaftspolitischen Reformen geniessen Ihrer Meinung nach höchste Priorität?

De Pury: Ich sehe vier grundsätzliche Prioritäten. *Erstens* die Sanierung der öffentlichen Finanzen, denn das jährlich kumulierte Defizit von Bund, Kantonen und Gemeinden in der Grössenordnung von 10 Mrd. Fr. erodiert unsere wichtigsten Standortvorteile. *Zweitens* die Reorientierung der Sozialpolitik, damit diese für zukünftige Generationen nachhaltig gesichert werden kann. *Drittens* eine vermehrt auf die Bedürfnisse der Zukunft ausgerichtete Ausbildung und Forschung, weil das Wissen unser wichtigster Wettbewerbsvorteil ist. *Viertens* die weitere Liberalisierung und Deregulierung bei den Infrastrukturen in Richtung Privatisierung. Alle Bereiche haben eines *gemeinsam*: Es gilt, die Effizienz der staatlichen Leistungen zu erhöhen, indem mit tieferen Kosten bessere Ergebnisse erzielt werden.

Bodenmann: Die Schweiz muss verhindern, dass die Nachteile des EWR-Neins verewigt werden. Deshalb müssen wir die nächste Abstimmung in Sachen europäischer Integration gegen die SVP und die Auns gewinnen. Dies geht nur, wenn wir den berechtigten Ängsten der Menschen mit flankierenden sozialen und ökologischen Massnahmen Rechnung tragen.

Der Bund muss *gezielt* in jenen Bereichen *sparen*, wo heute Steuergelder ineffizient verwendet werden: beim EMD, beim Zivilschutz, bei den Landwirtschaftsbürokratien und beim Beschaffungswesen. Umgekehrt muss der Bund den wirtschaftlichen *Strukturwandel forcieren* und darf weder das Tessin noch die Romandie vergessen. Junge und innovative Unternehmen brauchen eine auf sie zugeschnittene *Technologiepolitik* und genügend *Risikokapital*. Die Lebenskosten in der Schweiz müssen endlich auf europäisches Niveau sinken. Dies gilt für Wohnungsmieten, Zement, Toyotas und den Liter Milch gleichermassen. Umgekehrt müssen die Löhne und Renten wieder steigen, damit die notwendige Nachfrage den *Kapitalismus* in der Schweiz *belebt*. Der notwendige ökologische Umbau muss mit marktwirtschaftlichen Lenkungsabgaben eingeleitet werden.

Welches sind die Stärken und Schwächen der sozialen Sicherheit?

De Pury: Die Stärke des heutigen Systems liegt sicher darin, dass die wichtigsten sozialen Aufgaben und Risiken – ich denke neben der Altersvorsorge in erster Linie an Invalidität, Krankheit, Unfälle und Arbeitslosigkeit – abgedeckt sind und die *soziale Sicherheit gewährleistet* ist. Andererseits krankt unser Sozialstaat an fundamentalen *Systemfehlern*. So führt die zuwenig gezielte Ausrichtung des Systems auf die Bedürftigen dazu, dass viele Menschen Leistungen vom Staat beziehen, die sie eigentlich nicht brauchen, während die Anzahl der von der Fürsorge Abhängigen steigt.

Vor allem haben unsere Sozialwerke dem gesellschaftlichen und sozialen Wandel zuwenig Rechnung getragen, mit der Folge, dass die *Kosten exponentiell gestiegen* sind. Von jedem Franken, welcher von der Schweizer Volkswirtschaft erarbeitet wird, fliessen mittlerweile 31 Rappen in die Kassen der Sozialwerke. Seit 1980 sind die Kosten unserer Sozialwerke um 8% pro Jahr gestiegen. Diese Expansion der Sozialausgaben tangiert infolge höherer Steuern und Abgaben zunehmend die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und bedroht somit

letztlich die Grundlage, auf welcher der Sozialstaat beruht.

Bodenmann: Im internationalen Vergleich liegt die Sozialleistungsquote (Verhältnis der Sozialversicherungsleistungen zum BIP) der Schweiz mit etwas über 17% deutlich unter der Sozialleistungsquote vergleichbarer Länder in Europa. In der Schweiz sind deshalb die Lohnnebenkosten tiefer als in den uns umgebenden Ländern. Unser soziales Netz ist historisch gewachsen, mit allen Vor- und Nachteilen, die das mit sich bringt. Sinnvollerweise würden wir die AHV zuungunsten der zweiten Säule stärken. Die *Verwaltungskosten* der zweiten Säule und der Krankenkassen müssen im Interesse der Versicherten sinken. Im *Gesundheitswesen* müssen wir die Kostenexplosion besser in den Griff bekommen und gleichzeitig für weniger hohe Krankenkassenprämien vorab für Familien mit mittleren Einkommen sorgen. *Gezielter Ausbau* ist notwendig bei der Mutterschaftsversicherung und bei schweizerisch einheitlichen Kinderzulagen. Wer einen Blick auf Frankreich wagt, merkt unschwer: Ein stabiler und gut ausgebauter Sozialstaat ist einer der wichtigsten Standortvorteile der Schweiz.

Wo gilt es den Hebel anzusetzen, um die Sozialwerke auch in Zukunft sichern zu können?

De Pury: Um die Zukunft der Sozialwerke zu sichern – darum geht es letztlich –, gilt es, die Kosten transparent zu gestalten und zu stabilisieren, die Effizienz zu steigern, die Unterstützung gezielter auf Bedürftige auszurichten, Missbrauch zu bekämpfen sowie vermehrt Anreize zu schaffen. Ein mögliches Denkmodell, welches in diesem Zusammenhang zu prüfen ist, basiert auf der Einführung von obligatorischen, existenzsichernden Grundversicherungen mit individueller Ergänzung. Die existenzsichernden Grundversicherungen könnten wie heute im Bedarfsfall *gezielt* durch Ergänzungsleistungen verbessert werden. In bezug auf einzelne Sozialversicherungen ist die Sicherung der AHV und der IV, welche auf eine massive Finanzierungskrise zusteuern, *prioritär*. Die AHV wird bei moderatem Wirtschaftswachstum ab dem Jahr 2000 jährliche Defizite erwirtschaften, während die IV bereits heute defizitär ist. Hier sind neue Finanzierungsmodelle und -lösungen gefragt, denn eine zusätzliche Finanzierung über Lohnprozente würde der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Erwerbstätigen im internationalen Vergleich einen Bärendienst erweisen.

Bodenmann: Die Schweiz wurde in den letzten Jahren massiv unsozialer. Selbst das Wirtschafts-magazin «Bilanz» stellt fest: Die Reichen wurden reicher. Umgekehrt fallen immer mehr Menschen durch das soziale Netz und sind auf Fürsorge angewiesen. Die laufende Kampagne hat politisch den Zweck, diesen Umverteilungsprozess weiter zu beschleunigen. Dabei ist die *entscheidende Frage* der Zukunft: Wieviel Menschen arbeiten in diesem Land zu welchen Löhnen und wieviel Waren und Dienstleistungen produzieren sie dabei? Was die Schweiz vorab braucht, ist ein *kräftiges nachhaltiges Wachstum* der Wirtschaft in der Logik des Faktors vier: Wir können und müssen sinnvollerweise innerhalb von 25 Jahren das Bruttoinlandprodukt verdoppeln und gleichzeitig die Belastung der Umwelt halbieren. Dies ist auf Grund der heute verfügbaren Technologien mög-

lich. Dies bedingt einen beschleunigten politischen, ökologischen und ökonomischen Strukturwandel. Ein im rechten Spektrum nicht gern gehörtes Detail: Allein mit der Halbierung der Kosten des EMD auf europäischen Durchschnitt sparen öffentliche Hand und Privatwirtschaft je 3 Mrd. Fr. pro Jahr und erhöhen damit die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz im internationalen Wettbewerb. Wenn wir ein Wirtschaftswachstum von 2,8% pro Jahr erreichen, dann können in 25 Jahren problemlos 30% mehr Rentnerinnen und Rentner mit real höheren Renten als heute in der Schweiz leben. Umgekehrt wird es sinnvoll sein, künftige Aufgaben vermehrt über die *Mehrwertsteuer* statt über Lohnprozente zu finanzieren.

Herr de Pury, bedroht eine Fundamentalreform der Sozialwerke nicht den Arbeitsfrieden?

De Pury: Der soziale Frieden ist einer unserer wichtigsten Standortvorteile, und wir alle haben ein Interesse daran, ihn zu erhalten. Gerade weil der Arbeitsfrieden erhalten werden muss, haben wir die Pflicht, uns bereits heute mit der Zukunft unserer Sozialwerke auseinanderzusetzen, bevor diese in ihrer *finanziellen Grundlage* ernsthaft gefährdet werden. Unsere soziale Zukunft ist zu wichtig, als dass man sie mit Tabus belegen darf, denn letztlich hängt der soziale Frieden davon ab, ob die Finanzierung unserer Sozialwerke sichergestellt werden kann.

Herr Bodenmann, ist ohne Verzicht auf Fundamentalreformen nicht der Bestand der Sozialwerke gefährdet?

Bodenmann: Für uns besteht die Wirtschaft aus Unternehmen und Lohnabhängigen. Die Arbeitsgruppe de Pury macht diesmal mit ihrem neuen Weissbuch keine konkreten Vorschläge für einen zukunftsgerichteten Strukturwandel. Statt dessen wollen die 19 Herren – eine Frau fehlt bezeichnenderweise – über massivste Einschnitte im Bereich der Sozialversicherungen und Steuern rund 30 Mrd. bis 40 Mrd. Fr. Kosten von den Unternehmen auf die Lohnabhängigen *abwälzen*. Im Durchschnitt hätten alle Lohnabhängigen in der Schweiz 1000 Fr. weniger Kaufkraft zur Verfügung, und die bereits heute zu hohe Sparquote würde weiter steigen. Die Realisierung eines solchen unsozialen Programmes würde der Schweiz eine mehrjährige schwere Rezession bescheren

und damit die Zukunft der Rentnerinnen und Rentner wegen fehlenden Wirtschaftswachstums in Frage stellen. Es gibt Bereiche, wo der Sozialstaat umgebaut und effizienter werden *kann und muss*. Dies darf nicht zu einer Senkung der Leistungen führen, sondern zum gezielten Ausbau derselben – und zwar dort, wo noch Lücken bestehen. Unsere Möglichkeiten zum Ausbau des Sozialstaates hängen dabei vom Wirtschaftswachstum ab. Wir brauchen einerseits eine gute Wirtschaftspolitik und andererseits kompetente Sozialpartner, die die Probleme effizient lösen, wenn solche auftreten; etwa so, wie wir es bei der Mehrwertsteuer und beim laufenden Umbau der Arbeitslosenversicherung gemacht haben.

Herr de Pury, wie beurteilen Sie die heftige Kritik am neuen Weissbuch? Haben Sie nicht mit solchen Widerständen gerechnet?

De Pury: Einerseits überraschen mich die Reaktionen, denn viele der von uns vorgeschlagenen Massnahmen wurden bereits im ersten Weissbuch postuliert und sind seit langem bekannt. Unsere Reformvorschläge können auch keineswegs als radikal und politisch undurchsetzbar bezeichnet werden, wie die Umsetzung ähnlicher Massnahmen in unseren Konkurrenzländern zeigt. Andererseits überraschen mich die Reaktionen nicht,

denn tiefgreifende Reformen sind immer auch mit Veränderungen verbunden, und Veränderungen führen in einer ersten Phase immer zu einem gewissen Widerstand. Jetzt geht es vor allem darum, die durch eine sich beschleunigende, weltweite Strukturrevolution hervorgerufene *Verunsicherung* durch sachliche Reformdiskussionen *abzubauen*; und das ist nicht nur eine Aufgabe der Regierenden.

Herr Bodenmann, warum fällt Ihre Kritik an den Thesen heute so heftig aus, wo doch ähnliche Gedanken auch schon präsentiert worden sind?

Bodenmann: Sie denken an Herrn Professor Wittmann, der in Maienfeld wohnt und sein gutes staatliches Einkommen dank vier Vorlesungsstunden in Freiburg gesichert sieht. Es macht politisch einen grossen Unterschied, ob ein versprengter Professor den Sozialabbau predigt oder ob Milliardäre und gewichtige Manager faktisch gesehen den Abbruch des heutigen Sozialstaates fordern. Inzwischen setzen sich denn auch bereits die bürgerlichen Parteien von diesem Papier ab. Vielleicht werden wir gemeinsam auch mit diesen Kreisen darüber diskutieren können, welche ganz konkreten Schritte im Interesse sowohl der exportorientierten Unternehmen als auch der Lohn-

abhängigen in der Schweiz stehen. Themen gibt es genug:

Wie können wir endlich die Mieten in der Schweiz senken, auch dank rationellerem Bauen und günstigeren Bodenpreisen? Wie schaffen wir endlich die – notfalls schrittweise – Integration in die Europäische Union (EU)? Wie verhindern wir gemeinsam das Abwandern der Einkäufe in das Ausland wegen der EU-Lebensmittelpreise? Aber vielleicht geht es den Vertretern des Zements, der Banken, der Versicherungen und Grossbetriebe so gut, dass sie es sich leisten können, mittels unrealistischer Vorschläge die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer sozial zu ängstigen.

Missverständnisse um das Manifest

▽ Die Max-Schmidheiny-Stiftung legt Wert auf folgende Richtigstellungen:

Abschaffung der AHV: Das Weissbuch postuliert keine Abschaffung der AHV.

Privatisierung der AHV: Das Weissbuch schlägt keine Privatisierung der AHV vor. Eine obligatorische, existenzsichernde Grundversicherung wird als unerlässlich erachtet.

Keine Arbeitgeberbeiträge an die AHV: Das Weissbuch spricht sich nicht über die Finanzierung der AHV aus. Es ist unbestritten, dass bei der ersten Säule das bisherige Finanzierungskonzept über Lohnprozente beibehalten werden soll.

Privatisierung der Arbeitslosenversicherung: Das Weissbuch stellt eine Privatisierung zur Diskussion. In Anbetracht des Kompromisses bei der Revision dieser Versicherung ist diese Massnahme jedoch nicht vordringlich. Wichtig ist, dass eine Mindestversicherung für alle Erwerbstätigen vom Staat für obligatorisch erklärt wird.

Ersatzlose Abschaffung der direkten Bundessteuer: Das Weissbuch postuliert keine ersatzlose Abschaffung der direkten Bundessteuer, sondern eine Verlagerung von den direkten zu den für die Standortwahl unwichtigeren indirekten Steuern.